

AUSGABE 6 | 2023

STÄDTETAG AKTUELL

HAUPTVERSAMMLUNG



Inhalt

42. HAUPTVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES IN KÖLN

Hauptversammlung
des Deutschen Städtetages
in Köln

Auftakt-Pressekonferenz

Dedy: Gestaltung braucht Zuversicht

Städtetagspräsident:
„Gemeinsam neue Wege wagen“

Bundeskanzler: „Wir brauchen
selbstbewusste, starke Städte.“

NRW-Ministerpräsident:
Gemeinsam durch schwierige Zeiten

Wahlen: Städtetag jetzt mit
Führungstrio Lewe, Jung, Dörner

Begrüßung durch Kölns
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Transformationen gemeinsam
mit den Menschen gestalten

Kölner Erklärung: In Zeiten von
Veränderung gemeinsam neue Wege
wagen

Personalien

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln

Von Uwe Schippmann

„Es ist wirklich schön, hier in Köln sein zu dürfen.“ Mit diesen Worten begrüßte Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe die mehr als 1300 Städtevertreterinnen und -vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet, die Spitzen zahlreicher Verbände aus Deutschland und Europa und Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des NRW-Landtags.

Sie alle waren im Mai zur 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages im Kongresszentrum Ost der Koelnmesse zusammengekommen. Kurz erinnerte der Städtetagspräsident daran, wie die Corona-Pandemie die vorherige Hauptversammlung in Erfurt beeinflusst und teilweise erschwert hatte, weil man mit Masken vor dem Gesicht und auf Abstand bedacht tagen musste. Lewe nannte es „ein ganz großes Glück und Geschenk, dass wir endlich wieder frei und unbefangen zusammenkommen können.“ Endlich sei es wieder möglich, sich die Hand zu geben und das habe man auch schon wieder intensiv getan, jenseits der unterschied-

lichen politischen Lager, jenseits der unterschiedlichen Kommunen. „Dieser Handschlag ist ein ganz kostbares Zeichen auf dieser Hauptversammlung. Und ich freue mich, dass wir von diesem Symbol auch wieder Gebrauch machen können.“ Sodann dankte Lewe der Stadt Köln und ihren Vertreterinnen und Vertretern im Saal dafür, dass der Städtetag mit seiner Hauptversammlung zu Gast sein dürfe.

Impulse und Austausch

Besonders prominente Gäste und Hauptredner der Hauptversammlung waren Bundeskanzler Olaf Scholz am ersten Tag der Veranstaltung und NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst am Tag darauf. Der Bundeskanzler stellte sich im Anschluss an seine Rede noch einem Gespräch mit Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe und Städtetagsvizepräsident Oberbürgermeister Burkhard Jung. Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy sprach im Anschluss an den Besuch des Kanzlers.

Fernsehmoderatorin Anja Heyde moderiert die Hauptversammlung und hier das Gespräch des Bundeskanzlers (2.v.r.) mit Städtetagspräsident Markus Lewe (2.v.l.) und dem Vizepräsidenten des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung.





NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst zwischen Gastgeberin Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln und Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe.

Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe und Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker empfangen Bundeskanzler Olaf Scholz am Messeingang.

Ein weiterer interessanter Programmpunkt am Vormittag des ersten Tages waren außerdem sechs parallel stattfindende Foren mit jeweils fachkundiger Besetzung. Diskutiert wurde dort zu den Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung angesichts der kommunalen Finanzressourcen (Forum A); Geschlechtergerechtigkeit in einem von digitaler Transformation bestimmten Arbeitsmarkt (Forum B); Anpassungen an den Klimawandel und Gesundheitsschutz (Forum C); Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Forum D); Arbeitskräftemangel und Zuwanderung (Forum E); Rolle der Städte in internationalen Beziehungen und globalen Krisen (Forum F).

In einer sogenannten Fishbowl-Diskussion debattierten am Mittag dann Stadtspitzen des Netzwerkes junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern und Präsidiumsmitgliedern des Deutschen Städtetages darüber, wie sich mehr junge Menschen für die Kommunalpolitik begeistern ließen. Der bewusst etwas provokant gewählte Titel lautete: Bye, bye Boomer? Neue Wege in der Kommunalpolitik.

Mehr als 20 Exkursionen im Kölner Stadtgebiet boten am Nachmittag des ersten Tages

Möglichkeiten, fachspezifisch interessante Best-Practice-Beispiele zu den unterschiedlichsten Themen zu erleben und zu erfahren. Das reichte von der Stadtgeschichte und Stadtplanung über Mobilität, Klima und Energie bis hin zu städtebaulichen und architektonischen Höhepunkten und Besonderheiten.

TITELFOTO

Neue Städtetagsspitze

Blumen für die am 25. Mai 2023 neu gewählte Städtetagsspitze auf der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages: (v.r.n.l.): Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages; Katja Dörner, Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages; Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages.

(alle Fotos der Hauptversammlung: Costa Belibasakis, Deutscher Städtetag)



Auftakt-Pressekonferenz

Mit der Klimaneutralität, dem Thema Geflüchtete und dem Fachkräftemangel standen gleich drei große aktuelle Herausforderungen der Städte im Mittelpunkt der Auftakt-Pressekonferenz in der Koelnmesse am Vortag der Hauptversammlung.

Gebäudeenergiegesetz anpassen und Wärmewende organisieren

Der Deutsche Städtetag unterstützt das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 Klimaneutralität beim Heizen zu erreichen. Bei der Wärmewende sind die Städte und kommunalen Energieversorger zentrale Akteure. Zum Auftakt der Hauptversammlung in Köln forderte der kommunale Spitzenverband deshalb von der Ampel-Koalition, den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes dringend anzupassen und den Städten und Stadtwerken vor Ort mehr Spielraum zu geben. Der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister

der Stadt Münster, Markus Lewe, sagte dazu: „Neue Wege wagen – das gilt auch für die Wärmewende. Wir unterstützen ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, bis 2045 aus dem Heizen mit fossilen Energieträgern wie Öl und Gas auszusteigen. Die Weichen dafür müssen jetzt gestellt werden. Aber die Energieberatungsstellen vor Ort können sich vor Anfragen kaum retten. Das zeigt, wie verunsichert viele Menschen jetzt sind.“ Lewe beschrieb, dass es noch zu viele offene Fragen gebe: „Könnte ich vielleicht an ein Wärmenetz angeschlossen werden und wann? Oder steht Geothermie, Biogas oder Wasserstoff für die Wärmeversorgung zur Verfügung?“ Deshalb sei es sehr wichtig, dass Städte die künftige Wärmeversorgung strategisch angehen können, so der Städtetagspräsident. „Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiges Instrument, aber gerade hier fehlt uns ein Gesetz zur Umsetzung. Daher muss das Wärmeplanungsgesetz möglichst parallel zum

Gebäudeenergiegesetz kommen.“ Für die Akzeptanz der Wärmewende bei der Bevölkerung sei das elementar.

Spielraum für Kommunen und machbare Zwischenziele festlegen

Für den Ausbau der Wärmenetze benötigten die Städte die nötige Vorlaufzeit – etwa für Netzentwicklungspläne, Bauplanungen und Baugenehmigungen. Das werde Jahre in Anspruch nehmen. Die jetzt im Gesetz vorgesehene Pflicht, bereits 2035 einen Anteil von 65 Prozent Erneuerbaren Energien im Wärmenetz sicherzustellen sowie eine Garantiepflcht für den Anschluss an ein Wärmenetz bis 2035 sind aus Sicht des Städtetages in der Fläche nicht realisierbar, so Lewe: „Wir sehen, dass die Zeit drängt. Aber es gibt keine Not, hier so strenge zeitliche Vorgaben zu machen, wenn doch im Ergebnis klar ist, dass wir 2045 klimaneutral werden wollen. Den Städten sollte der nötige Spielraum gegeben werden, selbst Zwischenziele bis 2045 festzulegen.“

Die Bundesregierung sollte außerdem die geplante Förderung beim Heizungsumbau noch einmal umgestalten: Soziale Kriterien müssen stärker berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollten nicht nur individuell Hausbesitzer, sondern auch der Aus- und Umbau der Wärmenetze in den Kommunen gefördert werden können. „Für die Städte wird die Wärmewende in den kommenden Jahren ein großer Brocken. Jeder Euro, den wir in die Wärmenetze investieren, ist ein Euro für schnellere Klimaneutralität. Dafür brauchen wir aber die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern“, so Lewe.

Kommunale Budgets für Klimaschutzmaßnahmen ermöglichen

Der Städtetag plädiert dafür, den Städten auch bei anderen Klimaschutzmaßnahmen durch ein neues finanzielles Fördersystem die Möglichkeit zu geben, schneller und effizienter zu handeln. Aktuell gebe es eine Vielzahl von Förderprogrammen für Kommunen, die aber oft mit Ende einer Wahlperiode auslaufen und für die Städte mit einem hohen Aufwand bei der Beantragung der Mittel verbunden sind. Außerdem passen die Förderkriterien nicht immer zu den Gegebenheiten vor Ort, beschrieb der Städtetagspräsident die Situation.

„Die Städte wollen mehr Tempo beim Klimaschutz machen. Das geht aber nicht mit Förderprogrammen, die oft so bürokratisch und unflexibel sind, dass man Manager einstellen müsste, um das Förderdickicht zu durchdringen und an die Gelder zu kommen. Die Städte wissen am besten, was für mehr Klimaschutz vor Ort notwendig ist.“

Statt immer wieder neue Fördermittel beantragen zu müssen, sollten die Kommunen deshalb feste Budgets für Klimaschutz für mindestens zehn Jahre erhalten. Das gäbe Planungssicherheit und wäre gleichzeitig ein völlig neues schlankes Fördersystem, mit dem die Städte vor Ort passgenau und flexibel arbeiten können, forderte Lewe

Der Deutsche Städtetag schlug vor, dass diese städtischen Budgets von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. Die Bundesmittel sollten auf die Länder nach Einwohnerzahl aufgeteilt werden. Die Länder können dann weitere Kriterien wie Finanzschwäche oder regionale Besonderheiten berücksichtigen, wenn sie das Geld auf die Kommunen aufteilen. Viele bereits bestehende Förderprogramme könnten in dem neuen Programm mit festen Budgets für Klimaschutz aufgehen.

Flüchtlingsfinanzierung langfristig sicherstellen

Planungssicherheit und eine nachhaltige Finanzierung forderte der Städtetag auch für die Aufnahme von geflüchteten Menschen. Außerdem müssten neue Gesetze praxistauglich und digital umsetzbar sein. Das sei nötig für die Zukunftsfähigkeit des Landes und ein starker Hebel gegen den Fachkräftemangel.

Der Vizepräsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Burkhard Jung, sagte dazu bei der Auftaktpressekonferenz: „Die Städte wollen geflüchteten Menschen Schutz und Zuflucht geben. Ihre Aufnahme und Integration ist eine der akut größten Herausforderungen für uns als Gesellschaft. Die Städte können das, wir vor Ort finden jeden Tag pragmatische Lösungen, damit Aufnahme und Integration gelingen. Aber wir stehen inzwischen mit dem Rücken zur Wand. Notversorgung in Zelten und Messehallen darf kein Dauerzustand werden.“

Jung betonte, wie dringend die Städte Planungssicherheit bräuchten für den Bau von Unterkünften, für das Vorhalten von Reservecapazitäten, für Sprachkurse, Kita- und Schulplätze. Dafür müssten Bund und Länder einen erheblichen Teil beisteuern. Wichtige Fragen der Finanzierung für die Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten seien weiterhin ungeklärt, beklagte der Städtetagsvize und sagte mit Blick auf die Verabredungen beim jüngsten Bund-Länder-Gipfel: „Eine zusätzliche Milliarde Euro hilft für den Moment, gibt aber keine Perspektive. Aus den Enttäuschungen vom Frühjahr müssen Erfolgsmeldungen im Herbst werden. Wir brauchen eine langfristige, dynamische Finanzierungsregelung, die sich an das tatsächliche Migrationsgeschehen anpasst.“

Diese Zielmarke müsse ganz oben stehen für die künftigen Treffen der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler in diesem Jahr.

Update

Nach der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages ist das Gebäudeenergiegesetz (GEG) inzwischen im Gesetzgebungsprozess im Bundestag. Wichtige Forderungen des Deutschen Städtetages – wie etwa die Verzahnung des GEG mit der kommunalen Wärmeplanung – hat die Bundesregierung dabei aufgegriffen. Auch beim Thema Geflüchtete gibt es neue Entwicklungen – im Juni haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten bei einer MPK dazu beraten. Die aktuellen Entwicklungen zu beiden Themen finden Sie online auf der Webseite des Deutschen Städtetages:

➤ www.staedtetag.de/themen/klimaschutz-und-energie

➤ www.staedtetag.de/themen/fluechtlingsfinanzierung



Gut sei, dass das Ausländerrecht vereinfacht und Verfahren digitalisiert werden sollen. Das werde die Ausländerbehörden spürbar entlasten. Eine zügige Umsetzung dieser Schritte unterstützten die Kommunen ausdrücklich und würden ihre Expertise einbringen. Wichtig sei auch, die Migration besser zu steuern. Grenzkontrollen, Migrationsabkommen und eine bessere Zusammenarbeit der Behörden bei Rückführungen können dabei unterstützen.

Strategien gegen den Fachkräftemangel Qualifizierte Arbeitskräfte sind für den Städtetag eine der wichtigsten Ressourcen unserer Gesellschaft, damit das Land und die Städte zukunftsfähig sind. Fachkräfte, aber auch Hilfskräfte fehlten jedoch an allen Ecken und Enden und freie Stellen könnten kaum nachbesetzt werden, so Städtetagsvize Jung: „Diese Lücken spüren wir im Alltag. Es werden zu wenig Schulen, Kitas und Wohnungen gebaut, zu wenig Kinder betreut und Menschen gepflegt. Die Digitalisierung geht nur langsam voran, Verwaltungsverfahren dauern zu lange und das vorhandene Personal wird über Gebühr beansprucht.“

Eine einfache Lösung gebe es nicht. Nötig sei vielmehr ein Maßnahmenbündel mit Qualifizierung, neuen Arbeitsmodellen und Zuwanderung, so der Städtetagsvize. Dazu gehörten unter anderem digitalisierte und entbürokratisierte Verwaltungsprozesse,



Dedy: Gestaltung braucht Zuversicht

gezielte Arbeitskräfteeinwanderung, der leichtere Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete in den Kommunen, mehr Ausbildungs- und Studienkapazitäten, modernere und flexiblere Arbeitsbedingungen; einfachere und flexiblere Regelungen bei Renten und Pensionseintritt und leichtere Möglichkeiten für Quereinstiege.

Praxistaugliche und digital umsetzbare Gesetze

Eine Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit sowie ein starker Hebel gegen Fachkräftemangel seien außerdem gut umsetzbare Gesetze. Es sei richtig, dass der Bund mit dem Digitalcheck Gesetzesvorhaben auf ihre digitale Praxistauglichkeit überprüfen will. „Wir brauchen durchgängig digitalisierte Verfahren und praxistaugliche Gesetze. Dabei muss der Bund das Wissen der Kommunen rechtzeitig bei der Gesetzgebung mit einbinden. Für zentrale Verwaltungsverfahren, wie das Beantragen von Pässen, für Führerscheine oder Führungszeugnisse sollte der Bund auch zentrale IT-Lösungen bereitstellen. Wenn diese von allen Städten genutzt werden können, muss sich nicht jede Stadt um individuelle Lösungen kümmern. Das spart Zeit und Kraft, die für die drängenden Aufgaben vor Ort gebraucht wird“, erklärte Jung.

„Eigentlich wäre jetzt ein guter Zeitpunkt zum Innehalten. Ein guter Zeitpunkt, innezuhalten und nachzudenken“, sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages in seiner Rede auf der 42. Hauptversammlung mit Blick auf die diversen Krisen der vergangenen Jahre. Die tagespolitische Realität sei aber oft eine andere. Auch in den Städten würden die Abläufe immer schneller: „Wir sollen die Menschen bei Entscheidungen mitnehmen, während sich die Entscheidungen überschlagen.“ Die multiplen Krisen würden das Leben komplexer machen und Unsicherheiten schaffen. „Was also ist unser Job in den Städten?“, fragte Dedy in seiner Rede. „Gute Orte zu schaffen. Die Zukunft gestalten, denn ohne lebendige Städte gibt es kein Morgen. Konzentrieren wir uns auf das, was vor Ort gut klappt. Gestaltung schafft Orientierung. Und noch wichtiger: Menschen wollen gesehen werden. Wir alle brauchen das Gefühl, ernst genommen zu werden.“ Dieser Blick auf die Menschen gehe nirgends so gut wie vor Ort in der Stadt, in den Gemeinden. „Wir brauchen Städte für Zuversicht, Städte für Zukunft, Städte für Zusammenhalt. Wir brauchen Städte für Menschen. Lassen Sie uns die Zukunft gestalten – mit Lebensfreude, mit Nachdenklichkeit und mit Zuversicht. Die Zukunft braucht uns.“

➔ www.staedtetag.de/presse/mediathek/videos

Städtetagspräsident: „Gemeinsam neue Wege wagen“

Die Rolle der Städte bei den anstehenden Transformationsprozessen und die Forderungen an Bund und Länder, stärker mit den Kommunen zusammenzuarbeiten, praxistaugliche Regelungen zu schaffen und für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen, standen im Mittelpunkt der Rede von Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe.

„Wir sind von Zuversicht geprägt, trotz aller Rahmenbedingungen, in denen wir uns befinden.“ Dieses Bekenntnis der Städte, anpacken und gestalten zu wollen und das Selbstverständnis der Städte, das auch zu können, stellte Städtetagspräsident Oberbürgermeister Markus Lewe an den Beginn seiner Rede. Er betonte aber auch: „Mit den alten Wegen werden wir nicht mehr weiterkommen. Die Transformationsgeschwindigkeit deutschlandweit, europaweit und weltweit ist so unfassbar groß geworden, das einige manchmal gar nicht merken, wie schnell das geht.“ Deshalb sei das Motto der Hauptversammlung genau richtig gewählt: „Gemeinsam neue Wege wagen.“

In den zurückliegenden Monaten, so schilderte es Lewe, sei zu den typischen kommunalen Fragen, zu Investitionsvorhaben, dem Infrastrukturausbau oder dem, was nötig sei für ein gutes und gerechtes Leben und für ein

auskömmliches Miteinander, „eine Krise nach der anderen“ hinzugekommen. Er nannte die Aufnahme, Versorgung und Integration von Geflüchteten ab 2015, die Corona-Pandemie ab 2019 und aktuell die Energiekrise und die weiteren Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Dabei habe sich die Krisenresilienz der Städte ebenso gezeigt, wie die Agilität der Stadtverwaltungen und die Fähigkeiten der Städte, sich stetig an neue Erfordernisse anzupassen, Städte könnten sogar auch Digitalisierung, betonte der Städtetagspräsident und fügte mit Blick auf den Bund hinzu: „Man muss nur die Schnittstellen und die Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung stellen.“ Er betonte, dass die Städte ihre Verantwortungen wahrnehmen, wies aber auch darauf hin, dass die Städte immer mehr in der „Rolle der Mängelverwaltung“ lebten: „Fehlende natürliche Ressourcen, fehlende finanzielle Ressourcen, fehlende Fachkräfte, fehlende Wohnungen, fehlende Kita-Plätze.“

Als eine der größten Herausforderungen beschrieb Lewe den Klimawandel und seine Folgen in vielen armen Teilen der Welt ebenso wie hierzulande. Klimaschutz und Klimafolgenanpassungen würden deshalb zu einem ganz wesentlichen „Bestandteil unserer Daseinsfürsorge und Daseinsvorsorge.“ Auf dem Weg dorthin wünschte sich der Städtetagspräsident mehr klare Vorgaben und Führungskompetenz und weniger Streit, wie etwa bei der Wärmewende. Denn der Sorge für viel Verunsicherung bei den Menschen.

Damit die Städte Investitionen in die Wärmewende und die zahlreichen weiteren Transformationsprozesse wie Energiewende, Mobilitätswende, Innenstadtwandel, Nachhaltigkeit, Klimawandel verwirklichen könnten, verlangte er eine auskömmliche Finanzierung der städtischen Haushalte durch Bund und Länder. Hinsichtlich der Investitionshöhe verwies Lewe auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Wenn Deutschland bis 2050 klimaneutral werden will, seien demnach öffentliche und private Investitionen von fünf Billionen Euro nötig.





Das löse man nicht mit Förderprogrammen, so Lewe. Nötig seien klare, unbürokratische und flexibel Finanzierungslösungen etwa über Pauschalen und einen höheren Anteil der Städte am Steueraufkommen.

Mit Blick auf die Transformationsprozesse in den Bereichen Verkehr, Mobilität und Bauen dankte der Städtetagspräsident ausdrücklich allen innerhalb der kommunalen Familie, „die sich in der Vergangenheit in puncto Klimaneutralität und Transformation mit neuen Ideen und Modellprojekten beteiligt haben.“ Der nun folgende Austausch unter den Städten und die fachliche Diskussion über die dort gemachten Erfahrungen und Ideen, nannte er „das vielleicht Wertvollste, das wir haben und das uns als Städte in Deutschland stützt und verbindet.“ Er betonte, dass die Probleme vor Ort in den Städten angegangen und Lösungen dort umgesetzt werden würden. „Von Bund und Ländern müssen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen kommen, die eine solche Transformation und neue Ideen möglich machen“, so Lewe. Als notwendig forderte er außerdem die rechtlichen Freiheiten, damit die Städte eigene, passenden Wege gehen könnten. „Städte, die sich verändern und diese Veränderung aktiv gestalten wollen, brauchen dafür auch die entsprechende Befreiheit!“ Lewe nannte es „großartig“, wenn „Städte selber sagen könnten, wo wir Geschwindigkeitsbeschränkungen bei uns in den Städten machen und wo nicht“, und forderte eine

schnelle Reform des Straßenverkehrsgesetzes mit dafür nötigen Vereinfachungen und Spielräumen.

Rechtliche Vereinfachungen und mehr Spielräume wünschte er sich auch für den Wohnungsbau und skizzierte das Szenario, den Wohnungsbau auch qualitativ zu verstehen und nicht nur quantitativ, „mit nachhaltigen, energetischen, ästhetischen und günstigen Wohnungen“. Dafür nötig sei „ein verlässliches und modernes Bau- und Bodenrecht“ und das Bewusstsein, „dass Bodeneigentum in unserem Land nicht nur garantiert ist, sondern auch verpflichtet“. Lewe verlangte „ein stadtweites Vorkaufsrecht“. Die Städte, so der Städtetagspräsident, „müssen spekulativer Bodenverwertung Einhalt gebieten und selbst auch als Akteur auf dem Bodenmarkt handeln können.“ Auch in diesem Bereich liege die Verantwortung beim Bundesgesetzgeber, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Bund und Länder müssten die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen stärker an Praxis und Realität der Kommunen ausrichten und nicht an bundespolitischen Wunschvorstellungen. „Wenn wir Energiewende, Wärmewende, Verkehrswende, nachhaltiges Wohnen und Bauen organisieren sollen – dann brauchen wir auch eine Bodenpolitik, die uns das ermöglicht“, so Lewe.

➔ www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2023/42-hauptversammlung-redepraesident-lewe.pdf

Bundeskanzler: „Wir brauchen selbstbewusste, starke Städte.“

„Wir brauchen selbstbewusste, starke Städte, wenn wir gemeinsam neue Wege wagen.“ Mit dieser Botschaft begann Bundeskanzler Olaf Scholz seine Rede auf der Hauptversammlung. Als aktuell große Ziele nannte er, das „Land sicher zu verankern in einer geopolitisch multipolaren Welt“, und die Generationenaufgabe, „Deutschland vorzubereiten auf den wohl größten Umbruch und Aufbruch seit der ersten industriellen Revolution – unseren Weg in die klimaneutrale Zukunft“. Ausdrücklich lobte er den gemeinsamen Weg beim Bau von Flüssiggasterninals und der Umstellung der Energieversorgung als Reaktionen auf die Energiekrise, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und der Kanzler bedankte sich dafür: „Das alles wäre nicht möglich gewesen ohne blitzschnelle Genehmigungen und Verordnungen der Kommunen, ohne die große Flexibilität und Kreativität ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne ein reibungsloses Hand-in-Hand-Arbeiten von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden. Dafür sage ich heute ganz herzlichen Dank.“ Lob des Kanzlers gab es auch für die kommunalen Versorgungsunternehmen, für die Beratung beim Zuschnitt der drei Entlastungspakete des Bundes, um die Energiekosten abzufedern.

Nur durch gemeinsames Handeln, so der Bundeskanzler, sei es auch gelungen, über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer aufzunehmen, die seit dem 24. Februar 2022 vor „Russlands Bomben und Raketen (...), Leid und Zerstörung“ zu uns geflohen sind. „Sie aufzunehmen war und bleibt ein Gebot der Menschlichkeit und zugleich liegt darin eine gemeinsame eine beeindruckende große Kraftanstrengung unseres ganzen Landes.“ Ausdrücklich lobte der Kanzler „ehrenamtliche Bürgerinnen und Bürger“ und dankte „Bürgermeisterinnen, Kämmerern, Ratsfrauen und Ratsmännern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihren Stadtverwaltungen, in Schulen und Kitas, im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, in Ministerien in Bund und Ländern.“

Scholz betonte den Anteil des Bundes in vielen Bereichen, „in dem gemäß unserer föderalen Ordnung die Länder und Kommunen unmittelbar zuständig sind.“ Dies sei Ausdruck föderaler Solidarität. Mit 15,6 Milliarden Euro, so der Kanzler, unterstütze der Bund die Länder und Kommunen allein in diesem Jahr bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen und deren Integration. Das sei erheblich mehr als der Bund zum Beispiel 2015 und 2016 beigetragen habe, als ganz besonders viele von außerhalb Europas nach Deutschland kamen, so Scholz. Künftig müsse es jedoch stärker darum gehen, Migration zu steuern und zu ordnen: „Nur wenn uns das gelingt, entlasten wir unsere Kommunen dauerhaft und nachhaltig.“ Als wichtig nannte er die Digitalisierung der Ausländerbehörden in Ländern und Kommunen und die Beschleunigung von Asylverfahren in Behörden und Gerichten. Aber auch die Rückführung gehöre dazu: „Wer hier kein Bleiberecht hat, der muss Deutschland auch wieder verlassen“, so Scholz. Auf europäischer Ebene sieht er Fortschritte bei der Reform des gemeinsamen Systems, etwa bei Kontrolle und Registrierung und bei der Sicherung der Außengrenzen. Zentrales Element für eine bessere Steuerung von Migration seien jedoch „neue Migrationspartnerschaften mit Ländern weltweit“. Dazu gehöre auch, dass Menschen, die entsprechend qualifiziert sind, hierherkommen könnten, um legal zu arbeiten.

Scholz schilderte Deutschland als wachsendes Land, das mehr Innovation, mehr erneuerbare Energien, mehr Infrastruktur, mehr Mobilität, mehr Klimaschutz wolle. Dazu seien Fachkräfte nötig „talentiertere motivierte und qualifizierte Frauen und Männer“, so der Bundeskanzler. Bis zum Beginn der 2030er Jahre seien 6 Millionen Frauen und Männer nötig für die Arbeit in den Krankenhäusern, in den Pflegeheimen, in Schulen und Kitas, in unseren Verwaltungen und in Handwerk und Industrie. Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz schaffe die dafür nötige Regelung.



V.l.n.r.: Markus Lewe, Präsident des Deutschen Städtetages; Bundeskanzler Olaf Scholz; Burkhard Jung, Vizepräsident des Deutschen Städtetages

„Bis 2045 wollen wir klimaneutral werden und zugleich ein führendes Industrieland bleiben.“ Mit diesem Satz benannte Scholz eine weitere große Herausforderung. Wenn im Jahr 2030 Strom aus Erneuerbaren 80 Prozent ausmachen sollen, brauche es „einen gemeinsamen Kraftakt auf allen Ebenen unseres Landes“. Der sei auch nötig beim Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos, bei der Modernisierung von Straßen, Brücken und Schienennetz.

Neue Wege gehen müsse man auch für mehr bezahlbaren Wohnraum. Sprunghaft gestiegene Bauzinsen machten das Vorhaben nicht leichter. Doch Anfang der 1970er Jahre seien schon einmal 800.000 Wohnungen pro Jahr gebaut worden, bei Bauzinsen von rund um 9 Prozent, erinnerte der Kanzler. Der Bund tue was er kann, um die Investitionsbedingungen zu verbessern, so Scholz und zählte sodann auf: mehr Mittel im sozialen Wohnungsbau, Eigentumsförderung, höhere Abschreibungsmöglichkeiten, Förderung klimafreundlicher Gebäude. Nötig seien aber auch private Investoren, „und wir brauchen auch hier die Länder und Kommunen, die Bauland ausweisen, Kosten treibende Bauvorschriften überprüfen, digitale Bauanträge möglich machen und serielles und modulares Bauen fördern“.

Als weitere Ziele erwähnte der Bundeskanzler den Anschluss der Hälfte aller Haushalte und Unternehmen ans Glasfasernetz bis Ende 2025 und den Abbau der Bürokratie durch ein Bürokratie-Entlastungsgesetz auch mit Beteiligung des Deutschen Städtetages. „Neue Wege müssen Prozesse einfacher und schneller machen, nicht komplizierter. Deutschlandgeschwindigkeit braucht es nicht nur beim Bau und der Genehmigung von Flüssiggas-Terminals, sondern überall in der Verwaltung gerade auch in unseren Kommunen.“ Scholz verwies in dem Zusammenhang auf aktuelle Beratungen von Bund und Ländern über die Beschleunigung von Planungs- und Umsetzungsverfahren und hofft auf einen „Deutschland-macht-Tempo-Pakt“ von Bund, Ländern und Gemeinden in diesem Jahr. Auch das Problem der kommunalen Altschulden wolle der Bund angehen, sagte der Kanzler und führte weiter aus: „Gerade jetzt reden wir mit allen Seiten, wie wir die nötige Mehrheit für die Änderung des Grundgesetzes erreichen können.“

➔ www.staedtetag.de/presse/mediathek/videos

NRW-Ministerpräsident: Gemeinsam durch schwierige Zeiten

Zeitenwenden in internationalen Beziehungen, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Energiepolitik, Geflüchtete, Inflation und die Einschätzung „Städte und Gemeinden sind wieder einmal in besonderer Weise gefordert“ standen am Beginn der Rede von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. Krisenbewältigungen prägten inzwischen die Politik. Das gelte für Stadtspitzen ebenso wie für Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und den Kanzler. Gleichzeitig sei klar: „Nur gemeinsam – Bund, Länder und Kommunen – werden wir auch durch diese schwierige Zeit durchkommen“, so Wüst.



Als größte aktuelle Herausforderung benannte der Ministerpräsident die Aufnahme und die Integration der Geflüchteten Menschen. Diese Aufgabe stelle die Handlungsfähigkeiten der Kommunen auf eine Probe. Wüst verwies auf die Schwierigkeiten der Unterbringung „oft in angespannten Wohnungsmärkten“, auf Integrationsarbeit – „geleistet von Menschen, die schon einmal den letzten Jahren kräftig an ihre Grenzen gegangen sind“ und auf die hohen Arbeitsbelastungen in den zuständigen Behörden mit Personalmangel und Überlastungen. Er schilderte als weitere Schwierigkeiten die Betreuung und den Unterricht für die Kinder und Jugendlichen von Geflüchteten: „Vieles, was da passiert, passiert auf dem Rücken von Erzieherinnen und Erziehern, von Lehrerinnen oder Lehrern, die alle ein großes Herz haben und jeden Tag Gas geben, aber auch fragen an uns alle stellen: Wie lange soll das noch gut gehen?“

NRW und andere Länder unterstützen so gut es gehe mit Geld und durch den Ausbau von Unterbringungsplätzen durch das Land. Doch das reiche nicht. Deshalb seien sich Kommunen und Länder über Parteigrenzen hinweg einig, dass der Bund stärker unterstützen müsse. „Wir brauchen ein klares, ein verlässliches System, dauerhaft atmende Finanzierung der Flüchtlingskosten durch den Bund und nicht quartalsweise halbjährlich irgendwelche Treffen, wo dann nach 10, 15 Stunden eine Milliarde über den Tisch geht.“ Wüst zeigte sich zwar dankbar, für die Milliarde des Bundes zur Flüchtlingsfinanzierung und nannte das „viel Geld“. Doch sei das „nicht die Antwort, die wir brauchen“.

Er lobte die komplette Übernahme der Kosten der Unterkunft (KDU) durch den Bund, und dass die Integration vom Bund als Daueraufgabe anerkannt werde. Dennoch sei die zentrale Frage der strukturellen finanziellen Unterstützung der Kommunen bislang nicht ausreichend beantwortet. „Wir brauchen, die Kommunen brauchen eine echte dauerhafte Unterstützung, verläss-



lich, planbar und strukturell“, so Wüst wörtlich. „Bund, Länder und Kommunen stehen bei Flucht, Migration gemeinsam in der Verantwortung. Wir nehmen den Bund auch deshalb in die Pflicht, weil er als einziger von den politischen Ebenen Einfluss darauf hat, wie viele Menschen zu uns kommen. Kommunen und Länder müssen für Unterbringung, Versorgung, für Beschulung und all die Dinge sorgen, ohne dass wir Einfluss darauf haben, wie viele Menschen zu uns kommen“, führte Wüst aus. Deshalb müsse Migration auch „besser gesteuert und geordnet werden und irreguläre Migration muss spürbar reduziert werden“. Nötig sei „eine gemeinsame, solidarische humanitäre Flüchtlingspolitik in Europa“. Dazu gehörten bessere Kontrollen und eine Registrierung der Flüchtlinge schon an den EU-Außengrenzen ebenso, wie ein solidarisches Verteilungssystem in Europa. Das sei der Schlüssel, damit die hohen Zahlen bei uns runtergehen, so der Ministerpräsident.

Wüst betonte die Notwendigkeit von Reformen des Asylrechts in Europa, von schnellen Asylverfahren in Deutschland und von digitalisierten Abläufen. Wichtig sei außerdem, dass Rücknahme-Abkommen mit Herkunftsländern abgeschlossen werden. „Der entscheidende Punkt ist, dass der Zuzug geringer wird.“ Gleichzeitig betonte Wüst humanitäre Grundsätze: „Um es klar zu sagen, wir wollen und wir werden immer ein sicherer Hafen für die Menschen

sein, die von wo auch immer auf der Welt vor Krieg und Gewalt fliehen. Diese Menschen brauchen und diese Menschen bekommen unsere Hilfe. Diesen Menschen werden wir aber nur gut gerecht werden können, wenn die, die nach unserem Asylrecht Hilfe nicht Anspruch nehmen können, erst gar nicht zu uns kommen oder zügig in ihre Heimat zurückkehren.“

Der Ministerpräsident versicherte die Bundesregierung bei den entsprechenden Verhandlungen innerhalb Europas der nachdrücklichen Unterstützung der Bundesländer.

Neben der Frage von Unterbringung, Versorgung und Integration sieht Wüst die Kommunen vor vielen weiteren Herausforderungen, die nach gemeinsamen Lösungen verlangten. In seiner Rede nannte er Klimaneutralität, Anpassung an den Klimawandel, Digitalisierung, Fachkräftemangel und die Notwendigkeit enormer Investitionen. Gleichzeitig verwies er auf knapper werdende Mittel, hohe Tarifabschlüsse und sinkende Steuereinnahmen. „In Haushalten von Ländern, Kommunen werden in den nächsten Jahren Milliarden fehlen und beim Bund sieht es nicht viel anders aus.“ Auch Nordrhein-Westfalen träfe das. Das Land sei schon in einer Haushaltsnotlage in diesem Jahr. Deshalb müsse man klug mit Ressourcen umgehen und gemeinsam diese Herausforderung annehmen.



Wahlen: Städtetag jetzt mit Führungstrio Lewe, Jung, Dörner

Die neu gewählte Städtetagsspitze (v.l.n.r.): Oberbürgermeister Uwe Conradt, Saarbrücken; Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer, Kiel; Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Aachen; Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig; Oberbürgermeisterin Katja Dörner, Bonn; Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster; Oberbürgermeister Eckart Würzner, Heidelberg; Oberbürgermeister Pit Clausen, Bielefeld; Oberbürgermeisterin Katja Wolf, Eisenach. Ganz rechts: Wahlleiter Oberbürgermeister Wolfram Leibe, Trier. Es fehlen auf dem Bild: Oberbürgermeisterin Eva Weber, Augsburg; Oberbürgermeister Belit Onay, Hannover.

Neben dem Besuch des NRW-Ministerpräsidenten wesentlichster Programmpunkt am zweiten Tag war die Wahl der neuen Städtetagsspitze und der Stellvertreterinnen und Stellvertreter. Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster wurde von den Delegierten erneut zum Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt, Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung erneut zum Vizepräsidenten. Ebenfalls zur Vizepräsidentin gewählt wurde zudem die Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner.

Für Lewe, der seit 2009 Oberbürgermeister in Münster ist, begann damit die dritte Amtszeit. Er steht seit November 2021 an der Spitze des Deutschen Städtetages und hatte dieses Amt bereits von Januar 2018 bis Juni 2019 inne. Dazwischen und davor war er Vizepräsident. Er gehört dem Präsidium des Spitzenverbandes seit 2013 an. Jung ist seit 2006 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Er war von Juni 2019 bis November 2021 Präsident des Deutschen Städtetages und ist seitdem Vizepräsident. Er gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit an. Die ebenfalls zur Vizepräsidentin gewählte Bonner Oberbürgermeisterin Katja Dörner steht seit 2020 an der Spitze der Bundesstadt Bonn und ist

seitdem auch Mitglied im Präsidium. Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg. Er hat das Amt seit 2021 inne, war seit 2019 einer der Stellvertreter und gehört seit 2006 dem Präsidium des Städtetages an. Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt: Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer, Kiel; Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, Aachen; Oberbürgermeisterin Eva Weber, Augsburg; Oberbürgermeister Pit Clausen, Bielefeld; Oberbürgermeister Belit Onay, Hannover; Oberbürgermeister Uwe Conradt, Saarbrücken; Oberbürgermeisterin Katja Wolf, Eisenach.

Neu in diesem Amt sind Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen, die seit 2021 Mitglied im Präsidium ist, Oberbürgermeisterin Eva Weber, seit 2020 Mitglied im Präsidium, und Oberbürgermeister Belit Onay, der seit 2020 dem Präsidium angehört.

In der Städtetagsspitze sind damit CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Parteilose, CSU und Linke vertreten. Darin kommt die Überparteilichkeit des kommunalen Spitzenverbandes zum Ausdruck.

Begrüßung durch Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Köln sei eine „legendär gastfreundliche, eine dynamische und eine wachsende Stadt“, außerdem „weltoffen, vielfältig und herzlich“ und gehöre zu den zehn größten Messestandorten der Welt. Mit diesen beschreibenden Worten begrüßte Oberbürgermeisterin Henriette Reker als Spitze der Gastgeberstadt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Hauptversammlung. Sie verwies auf die umfassenden aktuellen Transformationsprozesse in der Stadt, den Wandel hin zu moderner Mobilität, digitaler Verwaltung und einer Verantwortung für das Klima.

Im guten Management der aktuellen Herausforderungen sieht Reker eine Chance für die Städte in Deutschland. „Gemeinsam wollen wir neue Wege wagen und als Startpunkt haben wir Köln gewählt.“ Städte hätten sich in den jüngsten Krisen handlungsfähig gezeigt und resilient. „Sie haben eindrucksvoll bewiesen, dass sie keine Opfer der Umstände sind. Sie sind diejenigen die den Alltag organisieren in Zeiten von Pandemie, Energiekrise, Inflation und Krieg in Europa. Die Menschen in Deutschland können sich auf ihre Städte verlassen“, so Reker. Damit das weiter möglich bleibt, fordert Reker von Bund

und Ländern für dauerhafte Aufgaben auch „dauerhafte und verlässliche finanzielle Zuweisungen“. Nur finanziell solide aufgestellte Städte könnten ihren Aufgaben nachkommen.

Reker beschrieb das Ziel Kölns bis zum Jahr 2035 klimaneutral zu werden als ambitioniert und schilderte ein Bündel von Maßnahmen, mit denen das in der Stadt gelingen soll. Die Klimakrise lasse, so die Oberbürgermeisterin, keinen anderen Weg, „als den der Ambitionen“.

Das gilt für Reker auch mit Blick auf das internationale Engagement der Stadt Köln: „Es ist das Mindeste, dass wir unsere Freundinnen und Freunde in der Ukraine unterstützen, die unsere Freiheit verteidigen.“ Dem russischen Angriffskrieg setzten die deutschen Städte ihre Menschlichkeit und Solidarität entgegen.

➔ www.staedtetag.de/presse/mediathek/videos

Uwe Schippmann
Referent des Deutschen Städtetages



Transformationen gemeinsam mit den Menschen gestalten

Die Städte sehen in den gegenwärtigen Herausforderungen und Krisen die Chance zur Transformation unserer Gesellschaft. Nötig sind dafür Vertrauen und die Unterstützung durch Bund und Länder. Das machte der Deutsche Städtetag heute zum Abschluss seiner Hauptversammlung unter dem Motto „Unsere Städte – gemeinsam neue Wege wagen“ deutlich. Die wichtigsten Positionen sind in einer „Kölner Erklärung“ verabschiedet worden.

Der wiedergewählte Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster, sagte dazu:

„In dieser Dekade müssen wir die entscheidenden Weichen stellen, um die tiefgreifende Transformation zu gestalten – und das nachhaltig. Es geht um klimaneutrale Städte bis 2045, die lebenswert sind, mit Energiewende, Verkehrswende und Digitalisierung.“

„Neue Wege zu wagen, erfordert Mut. Der Wandel der Städte wird nur gelingen, wenn wir die Stadtgesellschaften noch viel mehr zu unseren Partnern und Verbündeten machen. Wir brauchen die Menschen, damit es gelingt.“

Resilienter werden und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Die Städte müssten der rasanten Gleichzeitigkeit der Entwicklungen gerecht werden. Lewe sagte: „Städte sind die Krisenmanager vor Ort. Wir sorgen dafür, dass der Alltag und das Zusammenleben funktioniert. Wir Städte sind es, die Lösungen entwickeln und dafür auch Neues ausprobieren. Es geht darum, den Alltag zu bewahren und resilienter zu

werden. Für all das brauchen wir den Rückhalt von Bund und Ländern und den Rahmen, der Neues möglich macht.“ Resilienter zu werden heiße auch, die Folgen des Klimawandels vor Ort abzumildern, wie Hitze und Starkregen, so Lewe.

Städte sind Kristallisationspunkte für gesellschaftliche Entwicklungen. Hier zeigen sich wachsende Diversität und soziale Schief lagen auf engstem Raum. Interessen auszugleichen werde zu einer wachsenden Herausforderung in den Stadtgesellschaften: „Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Vielfalt und Toleranz und beziehen Haltung gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wir sagen auch laut und deutlich: Angriffe auf Einsatzkräfte, ehrenamtlich Engagierte, Mandatsträger und Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind Angriffe auf unsere Demokratie. Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen für unser Gemeinwohl einsetzen. Deshalb ist es Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Haltung zu zeigen und ihnen Rückhalt zu geben.“

In der Bildung niemanden zurücklassen

Die Städte weisen außerdem auf die Probleme im Bildungsbereich hin. Kinder mit Zuwanderungshintergrund und aus sozial weniger gut gestellten Familien sind besonders von Kompetenzrückgängen betroffen. Der wiedergewählte Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig, appellierte:

„Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Bildungschancen vom Stadtquartier, Geldbeutel oder dem Bildungsabschluss der Eltern abhän-



gen. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern gefährdet auch den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und verfestigt soziale Spaltungen. Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, haben flächendeckend eine qualitativ gute Kinderbetreuung aufgebaut, engagieren sich für Schulen, Volkshochschulen und bei vielen Angeboten der kulturellen Bildung. Wir wollen, dass Kinder gleiche Startchancen haben und dass Menschen jeden Alters teilhaben können. Aber das schaffen wir nicht allein.“

Der schulische Ganzttag solle den Kindern helfen, ihre Bildungschancen zu verbessern. Das unterstützen die Städte ausdrücklich. Jung weiter: „Der Ganzttag muss aber auch gut gemacht werden. Dafür sind Sport, kulturelle Bildung und der Erwerb sozialer Kompetenzen eine wichtige Grundlage. Wir sehen im Moment noch nicht, ob die Länder dafür wirklich Geld in die Hände nehmen wollen und ob sie das Knowhow der Kommunen nutzen wollen. Es fehlt an Räumen und Personal. Flächendeckend kann der Bedarf zum Start 2026/2027 nicht mehr erreicht werden, weil Bund und Länder erst viel zu spät die Finanzierung zum offenen Ganzttag geklärt haben.“

Geflüchteten Schutz geben

Deutschland hat in den vergangenen Monaten über eine Million Geflüchtete aufgenommen. Die neu gewählte Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Katja Dörner aus Bonn, sagte: „Die Städte sind weiter bereit, geflüchteten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren. Allerdings stoßen wir bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zunehmend an

unsere Grenzen. Die Menschen zu integrieren, ist unter diesen Bedingungen immer weniger möglich. Integration braucht einen langen Atem. Die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern muss dynamisch an die steigenden Flüchtlingszahlen angepasst und verstetigt werden. Wir brauchen Planungssicherheit für den Bau von Unterküften, für das Vorhalten von Reservekapazitäten, für Sprachkurse, Kita- und Schulplätze. Ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt muss ein Ziel sein.“

Menschen, die lange Zeit geduldet in unseren Städten leben, sollen die Chance zu einer sicheren Lebensperspektive erhalten. Dazu gehört auch, dass Menschen, für die es diese Perspektive nicht geben kann, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden müssen.

Arbeits- und Fachkräfte gewinnen

Mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben wird sich der Mangel an Arbeitskräften dramatisch zuspitzen. Dörner sagte weiter: „Jeder dritte Beschäftigte in den Städten geht in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Jüngere können nicht alle Lücken schließen. Um als Kommunen handlungsfähig zu bleiben, brauchen wir alles: Qualifizierung, aber auch neue Arbeitsmodelle und Aufstiegsmöglichkeiten.“

Bund, Länder und Städte müssten viel mehr Dienstleistungen digitalisieren und als attraktive Arbeitgeber punkten. Notwendig bleibt es auch, Fachkräfte gezielt anzuwerben. Dafür brauchen wir klare und einfache Regelungen für die qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften.





Kölner Erklärung: In Zeiten von Veränderung gemeinsam neue Wege wagen

Veränderungen und Wandel sind für die Städte keine neuen Phänomene. Die tiefgreifenden Veränderungen, die durch die Digitalisierung und durch die Veränderungen des Lebens, Arbeitens und Wirtschaftens hin zu Klimaneutralität und Nachhaltigkeit entstehen, vollziehen sich gleichzeitig und dabei umfassender und schneller als nahezu jeder Wandel zuvor. In dieser Dekade müssen die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen werden, um die Transformation zu gestalten. Der Erfolg ist entscheidend für die Zukunft unserer Städte und damit für die Zukunftschancen unseres Landes. Die Städte wollen gemeinsam neue Wege wagen. Sie sehen in den gegenwärtigen Herausforderungen und Krisen die Chance der Transformation. Neue Wege zu wagen, erfordert Mut. Der Wandel der Städte wird nur gelingen, wenn wir die Stadtgesellschaften noch viel mehr zu unseren Partnern und Verbündeten machen. Ohne sie wird es nicht gelingen.

1. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die Grundlage

Städte sind Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Entwicklungen: Neue Herausforderungen, die wachsende Diversität unserer Stadtgesellschaften und soziale Schief lagen finden sich auf engstem Raum. Die Städte müssen der rasanten Gleichzeitigkeit der Entwicklungen gerecht werden und unterschiedlichste Interessen ausgleichen. Sie gestalten Politik vor Ort so, dass sie alle Menschen in diesen grundlegenden Veränderungsprozessen mitnimmt und Antworten auf Krisen findet. Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung der Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Unsere Demokratie lebt davon, dass sich Menschen für unser Gemeinwohl einsetzen. Angriffe auf Einsatzkräfte, eh-

renamtlich Engagierte, Mandatsträger und Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind Angriffe auf unsere Demokratie.

2. Den Alltag bewahren und resilienter werden

Die Stadt wird durch Krise und Wandel eine andere und bleibt doch dieselbe. Krisen werden in den Städten Spuren hinterlassen und Antworten erfordern, die sie resilienter machen. In schwierigen Zeiten sind die Städte die Krisenmanager vor Ort. Sie sorgen dafür, dass der Alltag funktioniert. Sie organisieren das Zusammenleben. Sie sind Anlaufpunkt für die Sorgen und Ängste der Menschen. Die Städte sind es, die Antworten auf Fragen und Entwicklungen geben. Für all das brauchen die Städte den Rückhalt von Bund und Ländern.

Resilienter zu werden heißt auch, die Folgen des Klimawandels vor Ort abzumildern. Hitze, Starkregen und der Verlust an Flora und Fauna verändern die Lebensbedingungen der Menschen grundlegend. Die Städte wollen und müssen die Folgen dieser Entwicklungen abfedern.

3. Die Digitalisierung verschiebt die Grenzen des Möglichen

Städte der Zukunft sind auch auf Daten gebaut. Die digitale Verwaltung ist dabei nur ein Baustein. Vernetzte Mobilitätsangebote, nachhaltiges Konsumieren und Wirtschaften, dezentrale und digital gestützte Energiekonzepte und die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die Stadtgestaltung gehören zum Leitbild einer Smart City. Mit Künstlicher Intelligenz werden wir Verfahren vereinfachen und Prozesse beschleunigen können. Mit digitalen Zwillingen können wir Visionen ausprobieren oder auch Herausforderungen simulieren, die uns in der realen Welt weiterhelfen und resilienter machen. Das Fundament für das alles ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur. Deshalb müssen Glasfaser und 5G schneller ausgebaut werden.

Für eine moderne Verwaltung sind digitale Verfahren und IT-Services wichtig. In Verfahren ohne kommunale Handlungs-

spielräume erwarten die Städte Angebote zentraler Lösungen vom Bund. Vom Antrag auf Kindergeld über die Gründung eines Gewerbes bis zur Zulassung eines Kfz bietet die Digitalisierung bürgerorientierte Dienstleistungen, ohne die persönlichen Kontakte in den Rathäusern ganz zu ersetzen. Wir wollen nicht überall das Rad neu erfinden, sondern in immer gleichen Verfahren mehr Standards setzen. Dafür müssen wir Strukturen und Prozesse hinterfragen und neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit wagen, auch über Ländergrenzen hinweg. Geteilte Herausforderungen sind nur halb so groß.

4. Dem Klimaschutz höchste Priorität einräumen

Für die Städte ist klar, dass sich alle Anstrengungen darauf richten müssen, das 1,5-Grad-Ziel möglichst noch zu erreichen. Die Städte übernehmen Verantwortung. Sie leisten als Planungs- und Genehmigungsbehörden ihren Beitrag, damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt wird. Sie investieren in energetische Gebäudesanierung und fördern Ressourcen- und Energieeffizienz. Eine zentrale Herausforderung der Klimapolitik ist die Wärmewende. Die Städte sind mit ihren dezentralen Strukturen starke Partner, um bei den Wärmenetzen schneller CO₂-neutral zu werden und die Energiewende voranzutreiben.

Der übermäßige Ressourcenverbrauch belastet die Umwelt; die Konflikte um Ressourcen und Flächennutzungen nehmen zu. Konsum und Produktion müssen die begrenzten Ressourcen beachten. Damit müssen die Themen Kreislaufwirtschaft und Suffizienz höchste Priorität für die regionale und kommunale Wirtschaftspolitik erhalten. Der öffentliche Nahverkehr muss als zentraler Bestandteil des Klimaschutzes im Verkehr ausgebaut werden. Die Elektromobilität muss vorangetrieben werden. Darüber hinaus müssen Städte in Modellprojekte moderner digitaler und vernetzter Mobilität investieren können. Wir wollen den Menschen den öffentlichen Raum zurückgeben. Perspektivisch darf das Auto nicht mehr den Takt vorgeben, wegen unserer Gesund-

heit, Lebensqualität und der Emissionen. Wir gestalten unsere Städte für die Menschen. Klimaschutz ist gemeinsamer Auftrag von Bund, Ländern und Kommunen – Gemeinsamkeit schafft Gemeinwohl.

5. Geflüchteten Schutz und Zuflucht geben

Deutschland hat in den letzten Monaten über eine Millionen Geflüchtete aufgenommen. Dieser Herausforderung haben sich Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gestellt. Die Bereitschaft der Städte, geflüchteten Menschen Schutz und Hilfe zu gewähren, besteht unverändert fort. Aber die Städte stoßen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten zunehmend an ihre Grenzen. Die kommunalen Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete aus der Ukraine und anderen Ländern sind vielerorts erschöpft. Es fehlt an Wohnraum, Kita- und Schulplätzen sowie an kommunalem Personal. Die Integration der zu uns kommenden Menschen ist unter diesen Bedingungen immer weniger möglich. Ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt muss ein Ziel sein. Menschen, die lange Zeit geduldet in unseren Städten leben, sollen die Chance zu einer sicheren Lebensperspektive hier erhalten. Dazu gehört auch, dass Menschen, für die es diese Perspektive nicht geben kann, in ihre Heimatländer zurückgeführt werden müssen.

Integration braucht einen langen Atem. Es gibt sie nicht zum Nulltarif. Die finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern muss dynamisch an die steigenden Flüchtlingszahlen angepasst und verstetigt werden.

6. Arbeits- und Fachkräfte gewinnen – eine zentrale Zukunftsfrage

Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften in Deutschland nimmt weiter zu und entwickelt sich zu einem Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Erwerbsleben wird sich diese Entwicklung dramatisch zuspitzen. Sie trifft bereits jetzt viele Bereiche der allgemeinen und der technischen Verwaltung, soziale Einrichtungen oder auch die städtischen Unternehmen. Für die Städte wird dies ein zentrales Thema

der Zukunft werden. Die Städte müssen viel mehr Dienstleistungen digitalisieren und in der Konkurrenz zu anderen potenziellen Arbeitgebern ihre Anstrengungen intensivieren, um interessante und attraktive Arbeitgeber zu sein. Dies wird am Ende auch eine Frage der Tarifstrukturen im öffentlichen Dienst werden.

Im internationalen Vergleich verliert Deutschland an Attraktivität für ausländische Fachkräfte. Es ist daher notwendig, Fachkräfte gezielt anzuwerben sowie klare und einfache Regelungen für die qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften zu erarbeiten.

7. In der Bildung niemanden zurücklassen

Ohne Bildung keine Chancengerechtigkeit. Die Städte haben in den vergangenen Jahren viel geleistet, vom Auf- und Ausbau einer flächendeckenden und qualitativ guten Kinderbetreuung über das kommunale Engagement für Schulen bis hin zu den Volkshochschulen und Angeboten der kulturellen Bildung etwa in Theatern oder Musikschulen. Wenn der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abhängt, gefährdet das den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und verfestigt soziale Spaltungen. Wir wollen, dass Kinder gleiche Startchancen haben und dass Menschen jeden Alters teilhaben können. Wichtig dafür ist, schwierige Sozialquartiere mit signifikant geringeren Bildungserfolgen der Kinder besonders in den Blick zu nehmen und dafür Angebote zu schaffen. Der schulische Ganztags soll den Kindern helfen, ihre Bildungschancen zu verbessern. Er bietet auch den Eltern, besonders Alleinerziehenden, mehr Freiraum für Ausbildung und Beruf. Nachdem Bund und Länder erst viel zu spät die Rahmenbedingungen für die Finanzierung des offenen Ganztags geklärt haben, wird die Bedarfsdeckung im Schuljahr 2026/2027 nicht mehr flächendeckend erreicht werden können. Auch muss sich die Bundesregierung rasch darüber verständigen, die Kindergrundsicherung auskömmlich zu finanzieren. Für eine wirksame Bekämpfung der Kinderarmut genügt nicht die Zusammenführung bisheriger Leistungen, sondern es muss mehr Geld zur Verfügung gestellt werden.

8. Bezahlbares Wohnen nicht allein dem Markt überlassen

Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, darf nicht allein dem Markt überlassen werden. Die Wohnraumförderung und das Stärken neuer Träger für dauerhaft soziales Wohnen bleibt in den kommenden Jahren elementar. Entscheidend ist, Wohnungsbau zu erleichtern, den Mangel an Bauland zu beheben und den Anstieg von Preisen bei Bauland, Baukosten und Mieten zu dämpfen. Wir brauchen eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik. Die Städte werden weiter Bauland mobilisieren und verdichten müssen, aber so, dass Bauten mit Qualität entstehen und eine soziale Mischung der Bevölkerung in Wohnvierteln gesichert wird. Die Städte sollten wieder aktiv Grundstücke kaufen und erschließen sowie die lokale Bodenpolitik gemeinwohlorientiert steuern können. Einen Schwerpunkt muss dabei die forcierte Förderung des nachhaltigen Bauens und der Modernisierung im Bestand bilden. Digitale Baugenehmigungsverfahren müssen flächendeckend etabliert werden.

9. Die Innenstadt lebt, aber sie muss sich verändern

Die Kaufhauskrise beschleunigt vielerorts einen Prozess, der ohnehin bereits stattfindet: die Transformation der Innenstädte. Wir müssen unsere Zentren zu Orten machen, über die die Menschen sagen: Hier möchte ich gerne sein. Die Städte, der Handel, die Kultur, Gastronomie, Immobilienwirtschaft und die Zivilgesellschaft können eine solche Vision gemeinsam umsetzen. Dabei müssen wir die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen,

ihre Bedürfnisse und Wünsche ernst nehmen – denn auch sie verändern sich. Es geht um einen guten Mix aus Wohnen, Arbeiten, Wirtschaften, Bilden, Leben und Erleben. Dafür braucht es kreative Lösungen, Planung und Ausdauer, aber eben auch die nötigen finanziellen Mittel und regulatorische Rahmenbedingungen, wie das

Aufbrechen von Nutzungstrennungen und Lärmnormen. Aufenthaltsqualität gewinnt

für die Innenstädte immer mehr an Bedeutung – wir brauchen saubere und einladende öffentliche Räume mit mehr Grün und Wasser in der Stadt. Die Zentren sind als Orte der Begegnung und zum Austausch, zum Verweilen und zum Ausruhen zentrale Anker der Stadtgesellschaft.

10. Globale Verantwortung leben und stärken

Entscheidungen vor Ort wirken schon längst nicht mehr nur lokal. Wir alle tragen Verantwortung für unseren Planeten und ein friedliches Zusammenleben. Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Leipzig Charta 2.0 sind dabei Richtschnur und Verpflichtung. Ohne die Städte im europäischen und globalen Schulterschluss ist die Jahrhundertaufgabe Klimaschutz nicht zu meistern. Die Städte leben Völkerverständigung und globale Solidarität vor. Ihre Rolle muss im europäischen Gesetzgebungsprozess und in der außenpolitischen Arbeit der Bundesregierung und in internationalen Prozessen wie den G7 stärker anerkannt stärker gewürdigt werden. Nachhaltiges Handeln hat kein Enddatum. Der Bund muss sich bereits heute für einen Folgeprozess der Agenda 2030 auf internationaler Ebene einsetzen sowie seine nationale Strategie vorantreiben.

11. Stabile Finanzen und kommunale Gestaltungsräume sicherstellen

Unsere Städte müssen in die Lage versetzt werden, dauerhaft und verlässlich ihre Aufgaben finanzieren zu können. Zeitlich begrenzte, bürokratische und unflexible Förderprogramme sind nicht der richtige Weg. Die Städte wissen selbst am besten, wie sie ihre Aufgaben wahrzunehmen haben. Sie brauchen das Gängelband der Förderprogramme nicht, sondern einen höheren Anteil am Steueraufkommen. Viel zu lange warten die Städte schon auf eine Lösung der Altschuldenproblematik, sie muss jetzt endlich kommen. Wer bestellt, bezahlt! Die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips ist immer noch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Die Länder sind hier gefordert. Aber auch der Bund muss bei seiner Gesetzgebung die finanziellen Auswirkungen auf die Städte im Blick haben.

Deutscher Städtetag



Foto: Julian Beekmann

Zum ersten Stellvertreter des Präsidenten wurde Oberbürgermeister **Prof. Dr. Eckart Würzner**, Heidelberg, von den Delegierten der Hauptversammlung wiedergewählt. Er amtiert bereits seit 2019 als Stellvertreter.

Als weitere Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden gewählt:



Foto: Landeshauptstadt Kiel, Pepe Lange

Dr. Ulf Kämpfer ist seit 2014 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel. Der Sozialdemokrat ist bereits seit 2019 Stellvertreter des Präsidenten.



Foto: JOMagreen

Oberbürgermeisterin **Sibylle Keupen** (Bündnis 90/Die Grünen) leitet seit 2020 die Geschicke der Stadt Aachen.



Foto: Martin Augsburg

Die Oberbürgermeisterin von Augsburg, **Eva Weber** (CSU), steht seit 2020 an der Spitze der Stadt Augsburg.



Foto: Katrin Biller

Pit Clausen ist seit 2009 Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld. Der Sozialdemokrat amtiert bereits seit 2021 als einer der Stellvertreter.



Foto: Landeshauptstadt Hannover

Oberbürgermeister **Belit Onay** (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2019 im Spitzenamt der Landeshauptstadt Hannover.



Foto: Landeshauptstadt Saarbrücken

Oberbürgermeister **Uwe Conradt** steht seit 2019 an der Spitze der Landeshauptstadt Saarbrücken. Der Christdemokrat ist bereits seit 2021 Stellvertreter des Präsidenten.



Foto: Iona Dutz

Katja Wolf (Die Linke) leitet als Oberbürgermeisterin seit 2012 die Geschicke der Stadt Eisenach. Sie ist bereits seit 2021 Stellvertreterin des Präsidenten.

Auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Köln wurden am Abend des 22. Mai zwei Oberbürgermeister aus dem Präsidium feierlich verabschiedet:



Dr. Peter Kurz, Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, wurde ebenfalls feierlich verabschiedet. Markus Lewe verabschiedete ihn als inoffiziellen Sonderbotschafter der Städte. Er dankte Kurz für seinen Einsatz für den Deutschen Städtetag bei einer Vielzahl von internationalen Gelegenheiten, wie etwa bei der Weltklimakonferenz und den Vereinten Nationen. Gerade um die Urban-7-Gruppe – den kommunalen G7-Gipfel – habe sich Kurz besonders verdient gemacht. Ihm wurde zum Dank für sein überragendes Engagement ebenfalls eine Wagenfeld-Lampe überreicht. Der Sozialdemokrat tritt nach 16 Jahren Amtszeit im Juni nicht mehr zur Wahl an und wird zum 31. Juli aus dem Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages ausscheiden. Kurz engagiert sich seit 2018 im Präsidium und seit 2007 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Er steht seit 2007 an der Stadtspitze von Mannheim.



Oberbürgermeister **Jochen Partsch** (Bündnis 90/Die Grünen) aus Darmstadt wurde herzlich vom Städtetagspräsidenten verabschiedet. Markus Lewe wies auf seine immer geradlinige und klare Haltung hin und dankte ihm für seine konstruktive Art für wichtige Kompromisse im Städtetag. Für sein großes Engagement bekam Jochen Partsch eine Wagenfeld-Lampe überreicht. Partsch scheidet zum 30. Juni aus dem aktiven Dienst aus. Er leitete die Geschicke der Stadt Darmstadt seit 2011 und engagierte sich seitdem auch im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.

Weitere personelle Entscheidungen während der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages:



Foto: Yves Sucksdorff

Der Regierende Bürgermeister der Bundeshauptstadt Berlin, **Kai Wegner**, wurde während der Hauptversammlung in das Präsidium und in den Hauptausschuss des Deutschen Städtetages aufgenommen. Der Christdemokrat hatte erst vor Kurzem die Position des Regierenden Bürgermeisters von Berlin übernommen.



Helmut Dedy wurde bei der Hauptversammlung durch den Hauptausschuss als Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages bis Ende Juni 2025 einstimmig wiedergewählt. Der Sozialdemokrat ist seit Juni 2016 Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes und zudem Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen.



Foto: Frank Nürnberger

Stefan Hahn, Beigeordneter für Arbeit, Jugend, Gesundheit und Soziales des Deutschen Städtetages, wurde durch den Hauptausschuss für die nächsten acht Jahre wiedergewählt. Hahn ist ebenfalls seit Juni 2016 Beigeordneter beim kommunalen Spitzenverband.

Neu im Amt



EUROCITIES: Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, wurde am 14. Juni 2023 zum Präsidenten von EUROCITIES gewählt. Dem europäischen Städtenetzwerk EUROCITIES gehören derzeit über 200 europäische Großstädte in 38 Ländern mit insgesamt mehr als 130 Millionen Einwohnern an. Burkhard Jung war seit 2006 Vizepräsident des Netzwerkes und folgt in seinem neuen Amt auf Dario Nardella, Bürgermeister von Florenz.



Foto: Sunderhuse Photographie

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Neuer Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes wird ab 1. Januar 2024 **Dr. André Berghegger**, der seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages ist und seit 2021 Vorsitzender der AG Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagesfraktion. Er folgt auf den langjährigen Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg, der den kommunalen Spitzenverband seit 1998 führt und Ende des Jahres in den Ruhestand eintritt.



Oberbürgermeister **André Knapp**, Stadt Suhl, wird am 30. August 50 Jahre alt. Der Christdemokrat steht seit 2018 an der Spitze der Stadt Suhl.



Der Oberbürgermeister von Essen, **Thomas Kufen**, begeht am 5. August seinen 50. Ehrentag. Der Christdemokrat ist seit 2015 Oberbürgermeister von Essen und engagiert sich seit 2020 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages. Zudem ist er seit 2022 Vorsitzender des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Geburtstage



Foto: Harry Zdera

Alexander Putz (FDP), Oberbürgermeister der Stadt Landshut, feiert am 18. Juli seinen 60. Geburtstag. Er leitet die Geschicke der Stadt Landshut seit 2017.

Herausgeber:
Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin
Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de
Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Helmut Dedy

Verantwortlich: Timm Steinborn
Leiter Abteilung Kommunikation und
Medien

Redaktion: Uwe Schippmann

Gestaltung: DITHO Design, Köln
Layout: Anna-Maria Roch
Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs
Medeya Kommunikation, Bad Honnef

Telefon: 02224/1874-510
Fax: 02224/1874-495
E-Mail: diederichs@medeya.de